

Politikempfehlungen für ICPD Beyond 2014:

Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte für alle

Die ICPD mit 20 – eine unvollendete Agenda

Das visionäre und bahnbrechende Aktionsprogramm, das 1994 auf der Weltbevölkerungskonferenz (International Conference on Population and Development, ICPD) in Kairo von 179 Regierungen beschlossen wurde, stellte die Menschenrechte von Frauen einschließlich ihrer reproduktiven Rechte und Gesundheit in den Mittelpunkt der Bevölkerungspolitik und der nachhaltigen Entwicklung. Die ICPD hat in vielen Ländern Politiken und Programme angeregt, die vielen Millionen Menschen zu einem besseren Leben verholfen haben. Fast 20 Jahre später besteht jedoch weiterhin großer Handlungsbedarf. Nach wie vor leiden viele Millionen Menschen unter vermeidbaren sexuellen und reproduktiven Gesundheitsproblemen. Davon sind insbesondere Frauen und Mädchen im Teenageralter sowie Menschen betroffen, die in Armut leben.

Sexuelle und reproduktive Rechte sind Menschenrechte, und es sind fundamentale Freiheiten, die den Kern der Menschenwürde ausmachen. Dennoch werden sie allzu oft vernachlässigt und mit Füßen getreten – oder mit Missbrauch, Gewalt und Verfolgung beantwortet.

Die Fakten

Weltweit sterben jeden Tag 800 Frauen an vermeidbaren Komplikationen während der Schwangerschaft oder bei der Geburt. Rund 222 Millionen Frauen in Entwicklungsländern wollen eine Schwangerschaft vermeiden, verwenden aber keine modernen Verhütungsmethoden. Dies trägt dazu bei, dass es jährlich 80 Millionen ungewollte Schwangerschaften und 20 Millionen unsichere Abtreibungen mit lebensbedrohlichen Konsequenzen gibt. In Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen wird jedes dritte Mädchen unter 18 Jahren ohne sein Einverständnis verheiratet. Jahr für Jahr bringen über 16 Millionen Mädchen ein Kind zur Welt. Gleichzeitig ist Müttersterblichkeit in Entwicklungsländern die häufigste Todesursache von Mädchen im Teenageralter. Sieben von zehn Frauen werden weltweit im Laufe ihres Lebens Opfer von körperlicher und/oder sexueller Gewalt.

Weltweit müssen Millionen Menschen Diskriminierung, Bedrohungen und Gewalt ertragen, etwa weil sie mit HIV oder mit Behinderungen leben oder weil sie Migranten, unverheiratete Mütter, Angehörige einer ethnischen oder sprachlichen Minderheit oder Prostituierte sind oder wegen ihrer sexuellen Orientierung und ihrer Geschlechtsidentität. Frauen, junge Menschen und insbesondere marginalisierte Gruppen zahlen den höchsten Preis für fehlende Gleichberechtigung – für die Verweigerung ihrer sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte. Ihnen wird verweigert, für sich selbst grundlegende Entscheidungen

über ihre Gesundheit, ihren Körper, ihre Sexualität, ihre Beziehungen und darüber zu treffen, ob und wen sie heiraten und ob und mit wem sie Kinder bekommen möchten. Diese Verstöße gegen fundamentale Menschenrechte behindern und schwächen nicht nur die unmittelbar Betroffenen, sondern auch die weltweiten Anstrengungen für soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung.

Die Handlungsempfehlungen

In einer Zeit, in der die internationale Gemeinschaft die Umsetzung des 1994 beschlossenen Aktionsprogramms bilanziert, ruft die High-Level Task Force for ICPD zu einem verstärkten politischen Engagement und zu mehr Investitionen auf, um die sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte aller Menschen zu verwirklichen. Dabei konzentriert sich die High-Level Task Force auf vier Schlüsselbereiche der »unvollendeten Agenda von Kairo«:

- 1. Die sexuellen und reproduktiven Rechte aller Menschen respektieren, schützen und verwirklichen, und zwar durch**
 - die Unterstützung öffentlicher Bildungs- und Mobilisierungskampagnen für Menschenrechte und Gesetze zu sexuellen und reproduktiven Rechten mit dem Ziel, mehr Verständnis für die menschliche Sexualität als einen positiven Teil des Leben zu schaffen, eine Kultur der Akzeptanz, Nichtdiskriminierung und

Gewaltfreiheit zu fördern, die geschlechtsbedingte Gewalt und Diskriminierung gegen Frauen und Mädchen zu eliminieren, Männer und Jungen, Politik und Justiz, Parlamentarier und Gesundheitsversorger, Arbeitgeber, Wirtschaft und Medien dafür zu mobilisieren, ein Umfeld zu schaffen, das die gleichberechtigte Wahrnehmung dieser Rechte durch alle Menschen fördert.

- die Verabschiedung oder Veränderung von Gesetzen und Politiken, die die sexuellen und reproduktiven Rechte respektieren und schützen. Alle Menschen müssen diese Rechte frei von jedweder Diskriminierung ausüben können, unabhängig von Alter, Geschlecht, Rasse, Ethnizität, Kaste, Religion, Familienstand, Beschäftigung, Behinderung, HIV-Status, Nationalität, Einwanderungsstatus, Sprache, sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität und anderen Faktoren. Dazu gehören:
 - Jegliche Form der sexuellen Gewalt zu kriminalisieren und die Straflosigkeit der Täter zu beenden.
 - Kinder- und Zwangsehen sowie die Genitalverstümmelung innerhalb einer Generation zu eliminieren.
 - Praktiken zu verbieten, die die reproduktiven Rechte von Frauen und Mädchen verletzen, etwa die Zustimmungspflicht des Ehepartners oder der Eltern für die Nutzung von Gesundheitsdiensten, Zwangssterilisationen und Zwangsabtreibungen oder die Diskriminierung im Bildungsbereich und der Arbeitswelt aufgrund von Schwangerschaft und Mutterschaft.
 - Gesetze abzuschaffen, die Frauen und Mädchen für illegale Abtreibungen bestrafen, Haftstrafen aussetzen und Gesetze und Politiken so zu reformieren, dass sichere Abtreibungen legal und zugänglich sind.
 - Die Menschenrechte von Personen, die mit HIV leben, zu schützen und jegliche Diskriminierung und Gewalt gegen sie zu verbieten.
 - Gesetze abzuschaffen und Praktiken zu verbieten, die einvernehmliche Sexualpraktiken und -beziehungen zwischen Erwachsenen kriminalisieren, darunter auch solche außerhalb der Ehe, zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern oder im Kontext der freiwilligen Prostitution.
 - Allen Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität in der Ausübung ihrer sozialen, kulturellen, ökonomischen, zivilen und politischen Rechte Gleichberechtigung vor dem Gesetz und Nichtdiskriminierung zu garantieren.

2. Den universellen Zugang zu hochwertigen, umfassenden und integrierten Informationen, Bildungsangeboten und Dienstleistungen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit gewährleisten, unter anderem durch folgende Maßnahmen:

- Ein Basisangebot essentieller Informationen und Dienstleistungen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit durch das Basisgesundheitsystem bereitzustellen, das besonderes Augenmerk auf den Zugang von Frauen und Heranwachsenden legt und zugleich verstärkt auf die Bedürfnisse älterer Menschen eingeht.
- Zugangsbeschränkungen zu beseitigen – einschließlich auf Alter oder Familienstand basierender Beschränkungen – und Verbote bestimmter Verhütungsmethoden wie die Notfallverhütung aufzuheben.
- Den Zugang aller Frauen und Mädchen zu einer rechtzeitigen, humanen und mitfühlenden medizinischen Behandlung von Komplikationen bei unsicheren Abtreibungen sowie zu hochwertigen und sicheren Abtreibungsdiensten zu verbessern.
- Einen gleichberechtigten Zugang zu Gesundheitsdiensten zu gewährleisten, indem in urbanen wie ländlichen Regionen eine ausreichende Versorgung mit kostenlosen oder erschwinglichen Diensten vorhanden ist.
- Mechanismen einzuführen, die die Einhaltung der Menschenrechte und die Erfüllung ethischer und professioneller Standards durch Gesundheitsanbieter fördern. Dies beinhaltet die umfassende Veröffentlichung wissenschaftlicher Informationen und die Vorgabe, dass solche Informationen und Dienstleistungen unabhängig von persönlichen Überzeugungen oder Gewissensvorbehalten der Anbieter verfügbar gemacht werden.
- Die sexuelle und reproduktive Gesundheit zu einem Schwerpunkt des Gesundheitssektors zu machen und sie als integralen Bestandteil mit eindeutig zuordenbaren Allokationen und Aufwendungen in nationalen Gesundheitsplänen und Haushalten zu verankern.

3. Den universellen Zugang junger Menschen inner- und außerhalb der Schule zu einer umfassenden Sexualaufklärung gewährleisten, unter anderem durch

- eine Definition von Sexualaufklärung, die eine altersgerechte Aufklärung über Menschenrechte, Sexualität, Geschlechtergleichstellung, Beziehungen und sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte durch die Bereitstellung wissenschaftlich korrekter und vorurteilsfreier Informationen beinhaltet. Eine umfassende Sexualaufklärung ist unerlässlich, damit junge Menschen sich vor ungewollten Schwangerschaften und HIV oder anderen sexuell übertragbaren Infektionskrankheiten schützen, damit sie Toleranz, gegenseitigen Respekt und Gewaltfreiheit in Beziehungen lernen und damit sie ihr Leben planen können.
- Standards für die Umsetzung umfassender Sexualaufklärungsprogramme sowohl innerhalb wie außerhalb der Schule. Dies umfasst förderliche politische und gesetzliche Rahmenbedingungen, Sexualaufklärung ab dem Grundschulalter, die mit sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdiensten verbunden ist, von Eltern, Gemeinden und traditionellen und religiösen Führern mit getragen wird und an der junge Menschen aktiv beteiligt sind.

4. Eliminierung der Gewalt gegen Frauen und Mädchen und Zugang aller Opfer geschlechtsbasierter Gewalt zu lebenswichtigen Dienstleistungen ermöglichen, insbesondere indem

- gewährleistet wird, dass alle Opfer geschlechtsbasierter Gewalt unmittelbaren Zugang zu essentiellen Dienstleistungen erhalten. Dazu gehören: 24-Stunden-Telefonnotdienste, psychosoziale und psychische Betreuung, medizinische Versorgung von Verletzungen, Vergewaltigungs-Nachsorge einschließlich Notfallverhütung, HIV-Prophylaxe und Zugang zu sicheren Abtreibungsdiensten in allen Fällen von Gewalt, Vergewaltigung und Inzest, Polizeischutz, sichere Häuser und Unterkünfte, Falldokumentation, forensische Dienste und Rechtsbeistand sowie Überweisungen und langfristige Unterstützung.

- Angebote für Opfer geschlechtsbasierter Gewalt in sämtliche sexuelle und reproduktive Gesundheitsprogramme und -dienstleistungen integriert werden, und zwar im Rahmen eines umfassenderen multisektoralen und koordinierten Ansatzes, der Dienstleistungen der Mutter-Kind-Gesundheit, Familienplanung und der HIV-Prävention und Behandlung mit einschließt.
- die Straffreiheit beendet wird und Gesetze revidiert werden, die diejenigen schützen, die Gewalt gegen Frauen und Mädchen verüben, etwa Straffreiheit für Täter, wenn sie das Opfer heiraten oder Partner bzw. Ehemann des Opfers sind. Darüber hinaus sollte der Tatbestand sexueller Gewalt bei Post-Konflikt-Amnestieregelungen ausgenommen werden.

Über die High-Level Task Force for ICPD

Die High-Level Task Force for ICPD ist ein Gremium herausragender und angesehener Personen, darunter ehemalige Staatsoberhäupter, Minister, Parlamentarier, führende Mitglieder der Zivilgesellschaft und Philanthropen unter dem gemeinsamen Vorsitz der früheren finnischen Präsidentin Tarja Halonen sowie des früheren mosambikanischen Präsidenten Joaquim Alberto Chissano.

© 2013 High-Level Task Force for ICPD
www.ICPDtaskforce.org

High-Level Task Force for ICPD

RIGHTS, DIGNITY & HEALTH FOR ALL

Secretariat, 125 Maiden Lane, 9th Floor, New York, NY 10038-4730

Einzelheiten zu den in dieser Zusammenfassung vorgestellten Maßnahmen finden sich im ungekürzten Positionspapier auf <http://www.icpdtaskforce.org>

Renate Bähr, Geschäftsführerin der Stiftung Weltbevölkerung, wurde im Jahr 2012 auf Empfehlung der Bundesregierung in die High-Level Task Force for ICPD berufen.